

553264-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architekturbüros – Leistungen der Objektplanung bei der Instandsetzung der Klosterruine Franziskaner-Klosterkirche

OJ S 152/2026 10/08/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Land Berlin vertr. durch BA Mitte v. Berlin

E-Mail: ZentraleVergabestelle@ba-mitte.berlin.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Leistungen der Objektplanung bei der Instandsetzung der Klosterruine Franziskaner-Klosterkirche

Beschreibung: Aufgrund des maroden Zustands, des bestehenden Instandhaltungsstaus sowie der langjährigen Witterungseinflüsse sind dringende Sicherungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an der Klosterruine zwingend erforderlich. Zunächst sollen Leistungen in der Leistungsphasen 1-3 gemäß §34 HOAI in Verbindung mit Anlage 10 Nummer 10.1 vergeben werden. Anschließend können optional die Leistungsphasen 5-9 vergeben werden. Zusätzlich können besondere Leistungen sowie bei Bedarf die Leistungsphase 4 optional beauftragt werden. Die Beauftragung erfolgt stufenweise.

Kennung des Verfahrens: 99f3a144-b643-48d1-84c2-36a4383bf1be

Interne Kennung: Klo073a_Ins_Geb_fbT

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Klosterstraße 73 a

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10179

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach §§ 123 bis 126 GWB. Der Bewerber hat anzugeben, ob Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen und ob er selbst bzw. ein nach Satzung oder Gesetz für den Bewerber Vertretungsberechtigter in den letzten zwei Jahren • gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2

Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder gem. § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden ist. Nicht fristgerecht eingereichte Teilnahmeanträge bzw. schriftliche (in Papierform eingereichte) oder formlose Anträge werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Ausschluss von Interessenbekundungen, Interessenbestätigungen, Teilnahmeanträgen und Angeboten erfolgt nach § 57 VgV. Ab einem geschätzten Auftragswert von 30.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) ist ein öffentlicher Auftraggeber gemäß § 6 Absatz 1 Wettbewerbsregistergesetz (WRegG) verpflichtet, vor Erteilung des Zuschlags bei der Registerbehörde abzufragen, ob im Wettbewerbsregister Eintragungen zu demjenigen Bieter, an den er den Auftrag zu vergeben beabsichtigt, gespeichert sind. Der Bieter hat den Vordruck Wirt124.1 (Hinweise restriktiver Maßnahmen ggü. Russland) im Vergabeverfahren zu beachten (Vertragsbestandteil). Diese Hinweise gelten auch für Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB
Fakultative Ausschlussgründe und gemäß Artikel 57 der Richtlinie 2014/24/EU (1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn 1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat, 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat, 3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden, 4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, 5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann, 6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann, 7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat, 8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder 9. das Unternehmen a) versucht

hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln. (2) § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes und § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2959) bleiben unberührt. Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB Zwingende Ausschlussgründe und gemäß Artikel 57 der Richtlinie 2014/24/EU (1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: 1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland), 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen, 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche), 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen), 7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern), 8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete), 9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder 10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung). (2) Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. (3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unterne

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Leistungen der Objektplanung bei der Instandsetzung der Klosterruine Franziskaner-Klosterkirche

Beschreibung: Aufgrund des maroden Zustands, des bestehenden Instandhaltungsstaus sowie der langjährigen Witterungseinflüsse sind dringende Sicherungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an der Klosterruine zwingend erforderlich. Im Jahr 2022 wurde

ein Instandsetzungs- und Konservierungsgutachten erstellt, dessen denkmalverträgliche, substanz- und befundschonende Maßnahmen Grundlage der Ausführung sind.

Interne Kennung: 0

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Die Leistungsphasen 5-9 gemäß §34 HOAI in Verbindung mit Anlage 10 sowie bei Bedarf die Leistungsphase 4 können optional vergeben werden.

Zusätzlich können besondere Leistungen optional beauftragt werden. Die Beauftragung erfolgt stufenweise.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Klosterstraße 73 a

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10179

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/01/2027

Enddatum der Laufzeit: 31/03/2030

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:selbst#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

Konzept zur Verringerung der Umweltauswirkungen: Sonstiges

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

a) Erklärung zum Wirtschaftsteilnehmer/Unternehmen, Inhaber und ggf. wirtschaftliche

Verknüpfung zu anderen Unternehmen; b) Erklärung zur Eintragung in Handels- oder

Berufsregister; c) Verfügt über die Studien- und Ausbildungsnachweise sowie

Bescheinigungen über die Erlaubnis zur Berufsausübung für den/die Inhaber/Inhaberin oder

die Führungskräfte des Unternehmens; d) Eigenerklärungen zum Nichtvorliegen von

zwingenden Ausschlussgründen nach § 123 GWB sowie von Fakultativen Ausschlussgründen

nach § 124 GWB. Angaben zu einem besonderen Berufsstand: Die Erbringung der

Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Die geforderten

Schlüsselpersonen (PL/stellv. PL) gemäß technischer und beruflicher Leistungsfähigkeit

müssen über eine abgeschlossene Hochschul- oder Fachhochschulausbildung als

Architekt_in oder gleichwertig im Baubereich verfügen. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliche Personal: Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Auflistung und kurze Beschreibung der

Eignungskriterien: [1] Anforderungen an die Berufshaftpflichtversicherung gem. § 45 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 4 Nr. 2 VgV: Mit dem Teilnahmeantrag ist eine Erklärung zu einer bestehenden Berufshaftpflichtversicherung abzugeben. Sollten die gemachten Angaben des Teilnehmers im Bewerberbogen nicht den geforderten Angaben entsprechen, wird mit dem Teilnahmeantrag /Bewerberbogen erklärt, dass der Teilnehmer dies zu einem späteren Zeitpunkt vorlegen kann. Eine Deckungssumme von mindestens 1,5 Mio. EUR für Personenschäden und mindestens 1,0 Mio. EUR sonstige Schäden (Sachschäden und Vermögensschäden) je Schadensereignis, in einem Mitgliedsstaat der EU oder einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmen wird verlangt. Die Gesamtleistung der Versicherungsfälle eines Versicherungsjahres muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme betragen. Die vereinbarten Deckungssummen sind anzugeben. Der Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung mit den geforderten Deckungssummen ist durch Vorlage einer aktuellen Versicherungsbestätigung erst auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers vorzulegen. Der Nachweis gilt auch als erbracht, wenn eine unwiderrufliche Erklärung des Versicherungsunternehmens vorgelegt wird, mit der es den Abschluss der geforderten Haftpflichtleistungen und Deckungsnachweise im Auftragsfall zusichert. Nach Erteilung des Auftrages muss der gültige Versicherungsschein nachgereicht werden. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Im Falle einer Bietergemeinschaft haften die Mitglieder der Gemeinschaft (ARGE) mit Beauftragung gesamtschuldnerisch. Schließt eine Bewerbergemeinschaft keine zu den oben genannten Bedingungen angegebene Berufshaftpflichtversicherung ab, muss jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft über eine entsprechende Berufshaftpflichtversicherung verfügen. [2] Mindestjahresumsatz nach § 45 Absatz 1 Nr. 1 und Abs. 4 Nr. 4 VgV: Anzugeben ist der spezifische Jahresumsatz (netto) in dem Tätigkeitsbereich der geforderten Dienstleistung jeweils in den letzten 3 Jahren (2023/2024/2025) sowie der entsprechende durchschnittliche spezifische Jahresumsatz (netto) dieser letzten 3 Jahre. Geforderte Mindeststandards: [zu 1] Ein Bewerber muss die entsprechende Berufshaftpflichtversicherung erbringen; [zu 2] Ein Bewerber wird bei Nichteinhaltung eines spezifischen Jahresumsatzes im Durchschnitt der letzten 3 Jahre (2023/2024/2025) von mindestens 120.000 EUR (netto) nicht als geeignet für die Erfüllung des Auftrages angesehen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: [1] Referenzen nach § 46 Absatz 3 Nr. 1 VgV,

Angaben zu: Gefordert werden Referenzen des hauptverantwortlichen Unternehmens in Bezug auf die zu erbringenden Leistungen. Zu benennen sind Projektbezeichnung, Ort der Ausführung, Bearbeitungsumfang, Planungs- und Ausführungszeitraum, Datum der Übergabe der Leistungsphase 8 der HOAI an den AG, Baukosten (KG 300 und 400 nach DIN 276), Anforderungsgrad (Honorarzone), Kontaktdaten des Auftraggebers (öffentlich/privat), Tel. /Email. - Zur Wertung wird nur die am besten bewertete Referenz nach den genannten Kriterien / Unterkriterien herangezogen. Die Kriterien müssen mit jeweils einer Referenz erfüllt

werden. [2] Angaben zu den Schlüsselpersonen (PL / stellv. PL/Bauüberwachung), die für die Erbringung der Leistungen vorgesehen sind: Für jede benannte Person sind folgende Angaben dem Teilnahmeantrag beizufügen: Name, Nachname, Nachweis über die Befähigung zur Übernahme der geforderten Leistungen wie Hochschul- und Fachhochschulabschluss, Berufsausbildung und Weiterbildung, Berufsjahre nach Hochschul- oder Fachhochschulausbildung, Berufsjahre in der Projektleitung allgemein und in der Projektleitung in leitender Funktion (die Auswahlkriterien) sind zu beachten. Die Nachweise wie Lebenslauf, Zeugnisse und Urkunden und eine Liste der persönlichen Referenzen sind auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers vorzulegen; [3] Erklärung des Bewerbers über das jährliche Mittel der in den letzten 3 Jahren (2023/2024/2025) Beschäftigten und die Anzahl der Führungskräfte des/r Bewerbers/Bietergemeinschaft und /oder der Kapazitäten anderer Unternehmen. Geforderte Mindeststandards [zu 1] Die Bewertung eines Referenzprojektes erfolgt nur, wenn alle Bedingungen a) bis c) erfüllt sind: a) Die Leistungen sind dem Bewerber eindeutig zuzuordnen, d. h. eigenverantwortlich erbracht. Die Referenz wurde vom sich bewerbenden Büro oder dessen Rechtsvorgänger selbst bearbeitet. Referenzen von Projektmitarbeiter/innen, die diese für andere Büros bearbeitet haben, dürfen nicht angegeben werden. b) Es wurden mindestens die Leistungsphasen 2 – 4 gemäß HOAI § 34 vom Bewerber erbracht. c) Die Leistungen am Referenzprojekt sind in der LPH 8 abgeschlossen. Die Übergabe des Objektes an den Bauherrn liegt vor dem Tag der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung maximal 7 Jahre zurück. [zu 2] a) Alle Mitglieder des Projektteams (Projektleitung und stellvertretende Projektleitung) verfügen über Hoch- od. Fachhochschulabschluss, mind. Bachelor (B.A., B.Sc. oder B.Eng.) in Architektur oder eine vergleichbare Berufsqualifikation b) Mind. eine Person der Büroleitung / Geschäftsführung oder Projektleitung darf die Berufsbezeichnung Architekt bzw. Architektin tragen und ist Bauvorlageberechtigt. [zu 3] Die Anzahl der angestellten Architekt/innen bzw. Ingenieur/innen liegt im Mittel der letzten 3 Jahren (2023/2024/2025) größer gleich 2 Beschäftigte (Inhaber und festangestellte Mitarbeitende)

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die nachfolgend genannten Eignungskriterien unterliegen einem Punktesystem, mit welchem der Bewerber insgesamt 150 Punkte erzielen kann. Die 3-5 Bewerber mit den höchsten Punktzahlen werden zur Abgabe von Erstangeboten einschließlich aller dazugehörigen Unterlagen aufgefordert. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, erfolgt die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Los (§ 75 Abs. 6 VgV). Für die Referenzprojekte, welche die Mindestanforderungen erfüllen, kann eine Gesamtpunktzahl von 100 Punkten erreicht werden. Für die Angaben zur Eignung / Qualifikation der Projektbeteiligten (Projektleitung; stellvertretende Projektleitung/Bauüberwachung), die die Mindestanforderungen erfüllen, kann eine Gesamtpunktzahl von 50 Punkten erreicht werden. 1.] Referenz Sanierung /Instandsetzung max. 100 Pkt. [1.1] 10 Pkt. = Referenzprojekt für die Sanierung/Umbau eines Mauerwerksbaus mit Entstehungszeit vor 1918 [1.2] 10 Pkt. = Referenzprojekt Sanierung /Umbau mit Baukosten (Kostengruppe 300 und 400) in Höhe von mehr als 2 Mio. Euro brutto [1.3] 10 Pkt. = Referenzprojekt mit Erbringung der Leistungsphasen 5-7 [1.4] 20 Pkt. = Referenzprojekt mit Erbringung der Leistungsphase 8 [1.5] 15 Pkt. = Referenzprojekt ist ein denkmalgeschütztes Bauwerk/Gebäude [1.6] 20 Pkt. = Referenzprojekt war eine Baumaßnahme mit Durchführung von Erhaltungsmaßnahmen bei Schadensbildern mit Feuchteschäden und Salzbelastungen [1.7] 10 Pkt. = Referenzprojekt für Konservierungs- und

oder Instandsetzungsmaßnahmen bei einer Gebäude- oder Bauwerksruine [1.8] 5 Pkt. = Referenzprojekt Sanierung/Umbau war eine Baumaßnahme für einen öffentlichen AG 2.] Eignung/Qualifikation der Projektbeteiligten: max. 50 Punkte als Summe folgender Unterkriterien: Projektleitung (PL) [2.1.1] 20 Pkt. = Die PL weist mind. 7 Jahre Berufserfahrung (nach Studienabschluss) nach und hat mind. 3 Jahre Berufserfahrung in der Bauüberwachung bei Sanierungsmaßnahmen (Leistungsphase 8 nach HOAI) [2.1.2] 10 Pkt. = Die Projektleitung weist Erfahrung mit Instandhaltungsmaßnahmen bei denkmalgeschützten Gebäuden auf Stellvertretende Projektleitung (St. PL) [2.2] 10 Pkt. = Die stellvertretende PL weist mind. 5 Jahre Berufserfahrung (nach Studienabschluss) nach und hat mind. 2 Jahre Berufserfahrung bei Sanierungen (Leistungsphasen 5 - 8 nach HOAI). Bauüberwachung [2.3] 10 Pkt. = Der/die Bauüberwachende weist mind. 5 Jahre Berufserfahrung (nach Studienabschluss) nach und hat mind. 3 Jahre Berufserfahrung in der Bauüberwachung bei Sanierungen (Leistungsphase 8 nach HOAI). N.B. Bei entsprechender Qualifikation können stellvertretende Projektleitung und Bauüberwachung identisch sein. Die Vorlage von Nachweisen/Angaben/Unterlagen erfolgt gemäß Formular IV 211 e F - Aufforderung zur Abgabe eines Angebots. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Das beste Preis- Leistungsverhältnis

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 27/08/2026 09:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/2/tenderId/206629>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

Name: <https://www.meinauftrag.rib.de>

URL: <https://www.meinauftrag.rib.de>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 22/09 /2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.meinauftrag.rib.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Beschreibung der finanziellen Sicherheit: gem. ABau Formular IV 401.H F (AVB Hochbau), § 12

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 09/09/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Unterlagen werden gem. § 56 VgV nachgefordert.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Eine Bewerber- / Bietergemeinschaft hat mit Teilnahmeantrag eine Erklärung (EEE) aller Mitglieder in Textform abzugeben, - in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist, - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist, - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Berlin

Informationen über die Überprüfungsfristen: Rügepflicht: Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge oder Angebote gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 1 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)). Andere Verstöße gegen Vergabevorschriften sind binnen zehn Kalendertagen nach Kenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen (§ 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB). Nachprüfungsverfahren: Ein Nachprüfungsantrag ist innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der zuständigen Vergabekammer zu stellen (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB). Fristen für die Feststellung der Unwirksamkeit eines Vertrages: Die Unwirksamkeit eines Vertrages kann nur festgestellt werden, wenn der Auftraggeber gegen seine Informations- und Wartepflicht gemäß § 134 GWB verstoßen hat oder der Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben wurde, obwohl dies gesetzlich nicht zulässig war (§ 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB). Die Unwirksamkeit muss innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber über den Vertragsabschluss, jedoch spätestens sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht werden (§ 135 Abs. 2 GWB). Wurde die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist 30 Kalendertage nach der Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe (§ 135 Abs. 3 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Land Berlin vertr. durch BA Mitte v. Berlin
Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: Land Berlin vertr. durch BA Mitte v. Berlin
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Vergabekammer des Landes Berlin
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Land Berlin vertr. durch BA Mitte v. Berlin
Organisation, die Angebote bearbeitet: Land Berlin vertr. durch BA Mitte v. Berlin

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Land Berlin vertr. durch BA Mitte v. Berlin

Registrierungsnummer: 11-1310000V00-25

Abteilung: Zentrale Vergabestelle

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10559

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: ZentraleVergabestelle@ba-mitte.berlin.de

Telefon: 000

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Beschaffungsdienstleister

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Berlin

Registrierungsnummer: 11-1300000V00-74

Postanschrift: Martin-Luther-Straße 105

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10825

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@senweb.berlin.de

Telefon: +493090138316

Fax: +493090137613

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 960fad34-f2b4-468b-b1d5-14aef62f1951 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 07/08/2026 11:12:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 553264-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 152/2026

Datum der Veröffentlichung: 10/08/2026